



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 11.09.2020

Niederschrift

über die **53. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 17.08.2020, 16:38 Uhr bis 18:24 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Joisten	SPD
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	Vertreter von Herrn Sterck
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	Vertreterin von Frau Schultes
Herr Rafael Christof Struwe	SPD	Vertreter von Herrn Kron
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	Vertreter von Frau Kessing

Beratende Mitglieder

Herr Sven Tritschler	AfD
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert
Frau Beigeordnete Andrea Blome
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Frau Bettina Mötting
Herr Alexander Vogel
Herr William Wolfgramm
Herr Frank Bücher
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner
Herr Josef Ludwig
Herr Dr. Ersin Özsahin

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	vertreten durch Herrn Struwe
Frau Monika Schultes	SPD	vertreten durch Frau Scho-Antwerpes
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE	vertreten durch Herrn Dr. Unna
Herr Ralph Sterck	FDP	vertreten durch Herrn Breite

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Herr Beigeordneter Markus Greitemann

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 53. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

2.1.1 Digitales Lernen in Kölner Schulen - Ausstattung der Schulen
2282/2020

2.1.2 Information zu aktuellen Förderaufrufen und Programmen im Städte-
bau
2375/2020

- 2.1.3 Sachstand Hubschrauberbetriebsstation – Alternativstandort Flughafen Köln/Bonn
2460/2020
- 2.1.4 Besetztes Haus an der Bonner Straße: Stadt bietet Bewohnerinnen und Bewohnern ein alternatives Gebäude an
2443/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11.1.1 Bedarfsanerkennung für die Beschaffung von bis zu 27.000 Tablets (iPads) für die Kölner Schulen (inkl. Zubehör und Anpassungen der schulischen Infrastruktur für Betrieb, Wartung und Support)
2198/2020

Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

TOP 4.2

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Siedlung Egonstraße in Stammheim sichern und weiterentwickeln!"
AN/1008/2020

Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
 - 2.1.1 Digitales Lernen in Kölner Schulen - Ausstattung der Schulen
2282/2020
 - 2.1.2 Information zu aktuellen Förderaufrufen und Programmen im Städtebau
2375/2020

2.1.3 Sachstand Hubschrauberbetriebsstation – Alternativstandort Flughafen Köln/Bonn
2460/2020

2.1.4 Besetztes Haus an der Bonner Straße: Stadt bietet Bewohnerinnen und Bewohnern ein alternatives Gebäude an
2443/2020

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Erwerb von landeseigenen Grundstücken im Otto- und Langen-Quartier durch die Stadt Köln"
AN/0872/2020

Antwort der Verwaltung vom 13.07.2020
2097/2020

3.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Elektronische Corona-Registrierung in der Gastronomie und Rückstände im Bürgerservice der Stadtverwaltung"
AN/0877/2020

Antwort der Verwaltung vom 13.07.2020
2086/2020

3.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Problematische Situation auf und um den Kölner Neumarkt"
AN/0908/2020

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Aufruf zum Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2020 und 2021 im Juli 2020 – Qualität vor Schnelligkeit muss gewahrt werden"
AN/0904/2020

4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Siedlung Egonstraße in Stammheim sichern und weiterentwickeln!"
AN/1008/2020

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Strukturerhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerzentren/-häuser in freier Trägerschaft
1934/2020

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Dringlichkeitsvorlagen

11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1.1 Bedarfsanerkennung für die Beschaffung von bis zu 27.000 Tablets (iPads) für die Kölner Schulen (inkl. Zubehör und Anpassungen der schulischen Infrastruktur für Betrieb, Wartung und Support)
2198/2020

11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Personalien

13 Sonstige allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert über den aktuellen Sachstand in der Corona-Pandemie.

In den Kölner Altenheimen und Pflegeeinrichtungen gebe es derzeit unter den Bewohnerinnen und Bewohnern keine positiv getestete Person.

Vor dem Hintergrund der Reiseaktivitäten und den sich daraus ergebenden Steigerungen der Indexfälle werde man die Entwicklung der Infektionszahlen weiterhin sehr genau beobachten.

Reiserückkehrende hätten bereits seit Mitte Juni die Möglichkeit, sich im Testzentrum am Flughafen Köln/Bonn freiwillig einem Corona-Test zu unterziehen. Seit der am 06.08.2020 verkündeten Testpflicht für Rückkehrende aus Risikogebieten sei eine starke Auslastung des Testzentrums zu beobachten. Bis zum jetzigen Zeitpunkt seien 24.600 Abstriche genommen worden und es lägen 318 positive Befunde vor.

Im öffentlichen Personennahverkehr seien seit dem 12.08.2020 205 Verstöße gegen die Tragepflicht von Mund-Nasen- festgestellt wurden.

Aktuell seien rund 10 Schulen in städtischer Trägerschaft von positiv getesteten Schülerinnen und Schülern bzw. Lehrpersonal betroffen. Im Bereich der Kindertagesstätten seien seit dem 11.08.2020 keine positiv getesteten Personen gemeldet.

Auf Nachfrage von Herrn Joisten weist Frau Beigeordnete Blome darauf hin, dass die Stadt Köln im Umgang mit den sogenannten Hotspots weiterhin lageangepasst vorgehe. Dieses in der letzten Sitzung des Hauptausschusses erläuterte Verfahren habe sich bewährt.

Frau Stahlhofen fragt nach der Zahl der Kölnerinnen und Kölner unter den am Flughafen positiv getesteten Personen und dem Vorgehen in Bezug auf positive Fälle in Schulen.

Frau Oberbürgermeisterin sagt zu, die Zahl nachzureichen. Über das Vorgehen bei Schulen werde immer lageangepasst entschieden.

2.1.1 Digitales Lernen in Kölner Schulen - Ausstattung der Schulen 2282/2020

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt der Verwaltung für ihr Engagement und fragt nach der Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit einer ausreichenden Internetverbindung. Frau Scho-Antwerpes ergänzt, dass man insbesondere Jugendzentren ausstatten müsse, um Kindern aus sozial schwächeren Bereichen digitales Lernen zu ermöglichen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger weist darauf hin, dass Köln im Bereich der IT-Ausstattung von Schülerinnen und Schülern im Vergleich mit anderen Kommunen sehr gut abschneide. Insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie habe man in den letzten Monaten einen weiteren Digitalisierungsfortschritt erreicht und arbeite weiterhin daran. Es sei nicht möglich überall zuhause zwingend eine Internetverbindung herzustellen. Daher plane man, auf öffentliche Einrichtungen zurückzugreifen.

Herr Bücher vom Amt für Informationsverarbeitung ergänzt, dass man in Bezug auf den Internetausbau in Gesprächen mit der NetCologne sei.

Frau Stahlhofen schließt sich der Forderung nach der Versorgung von Kindern in benachteiligten Stadtgebieten mit einem ausreichenden Internetzugang an.

Frau von Bülow lobt das Vorgehen der Verwaltung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Weisung der Landesregierung in Bezug auf den Schulbetrieb nach den Sommerferien erst Anfang August herausgegeben worden sei.

Herr Breite weist darauf hin, dass die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten einkommensunabhängig erfolgen solle.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt aus, dass die Verwaltung neben der kurzfristigen Beschaffung von mobilen Endgeräten derzeit im Rahmen eines Pilotprojektes an der Strategie in Form von „Get your own device“ arbeite.

Frau Oberbürgermeisterin Reker betont, dass Köln im Bereich des Breitbandausbaus bundesweit führend sei und bereits 2019 alle Schulstandorte an das Breitbandnetz angebunden worden seien.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.2 Information zu aktuellen Förderaufrufen und Programmen im Bereich Städtebau 2375/2020

Herr Kienitz fragt, welche Projekte im Rahmen des Programmaufrufs unter Punkt 2 förderfähig seien.

Herr Özsahin vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik teilt mit, dass bisher von den Fachämtern ein Projekt zur Bewässerung der Vorwiesen des Rheinenergiestadions für die aktuelle Förderperiode und drei weitere Projekte für die Förderperiode 2021 vorgeschlagen wurden.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.3 Sachstand Hubschrauberbetriebsstation – Alternativstandort Flughafen Köln/Bonn 2460/2020

Herr Joisten fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner vom Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz teilt mit, dass der Flughafen den Bau einer Feuerwache beabsichtige.

Derzeit werde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, ob dort auch die Hub-schrauber des Rettungsdienstes der Stadt Köln untergebracht werden könnten.

Er ergänzt auf Nachfrage von Herrn Dr. Unna, dass der Duschcontainer für die Besat-zung der Rettungshubschrauber am 06.08.2020 installiert worden sei.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.4 Besetztes Haus an der Bonner Straße: Stadt bietet Bewohnerinnen und Bewohnern ein alternatives Gebäude an 2443/2020

Herr Joisten stellt die Ansicht der SPD-Fraktion dar. Der Vorschlag der Verwaltung sei keine langfristige Lösung. Er fragt nach dem Sachstand zum Verkauf der Liegenschaft in der Gummersbacher Straße 25.

Herr Ludwig vom Amt für Wohnungswesen erläutert, derzeit befinde man sich in Ge-sprächen mit der GAG über den Verkauf der Liegenschaft. Der Baubeginn des Bau-vorhabens der GAG sei erst für frühestens 2023 angesetzt. Die derzeitigen Bewohne-rinnen und Bewohner der Gummersbacher Straße 25 werde man zeitnah sozialver-träglich in anderen Liegenschaften unterbringen. Diese weitestgehend leerstehende Liegenschaft sei für das Projekt OMZ am besten geeignet und als Interimslösung bis 2023 vorgesehen. Diese Nutzung stehe dem Bauvorhaben der GAG im Bereich des sozialen Wohnungsbaus nicht entgegen und ermögliche genügend Zeit, um eine lang-friste Lösung für das OMZ zu finden.

Frau Stahlhofen weist daraufhin, dass zunächst eine Entscheidung über den Standort des Großmarktes getroffen werden müsse. Solange könne das OMZ in der Marktstra-ße bleiben und die Stadtverwaltung könne mit der GAG eine langfristige Unterbrin-gung in den geplanten Neubauten in der Gummersbacher Straße 23 und 25 vorberei-ten.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist ergänzend auf Punkt 3 der in der Ratssitzung am 29.06.2020 beschlossenen Resolution hin, die auch die Möglichkeit einer Interims-lösung enthalte.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-vertretungen

**3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Erwerb von landeseigenen Grundstücken im Otto- und Langen-Quartier durch die Stadt Köln"
AN/0872/2020**

**Antwort der Verwaltung vom 13.07.2020
2097/2020**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Elektronische Corona-Registrierung in der Gastronomie und Rückstände im Bürgerservice der Stadtverwaltung"
AN/0877/2020**

**Antwort der Verwaltung vom 13.07.2020
2086/2020**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Problematische Situation auf und um den Kölner Neumarkt"
AN/0908/2020**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Aufruf zum Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2020 und 2021 im Juli 2020 – Qualität vor Schnelligkeit muss gewahrt werden"
AN/0904/2020**

Herr Joisten erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und bittet um weitere Ausführungen über den aktuellen Sachstand zum Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten.

Herr Beigeordneter Voigtsberger teilt mit, dass die Maßnahme zur Bewässerung der Rasenfläche vor dem Rheinenergiestadion dem Sportausschuss in der Sitzung am 27.08.2020 zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Herr Özsahin ergänzt, dass die Förderung nur für Projekte im Rahmen des Städtebaus gelte, die in der Planung bereits weit fortgeschritten seien. Daher kämen nur wenige Projekte für die Förderung in Frage.

Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück.

Anmerkung:

Der Antrag wurde im Hinblick auf die Mitteilung unter TOP 2.1.2 und nach den mündlichen Erläuterungen der Verwaltung zurückgezogen.

**4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Siedlung Egonstraße in Stammheim sichern und weiterentwickeln!"
AN/1008/2020**

Herr Struwe erläutert den Dringlichkeitsantrag. Die Wohnsiedlung in der Egonstraße müsse durch die Stadt weiterentwickelt und insbesondere dringende Missstände schnellstmöglich behoben werden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist darauf hin, dass die Verwaltung den Beschluss des Liegenschaftsausschusses vom 18.05.2020 umsetze. Sie selbst habe die Wohnsiedlung besucht. Insbesondere in Bezug auf das Wohnhaus, in dem es einen Brand gegeben habe, sei es wichtig, schnell aktiv zu werden. Es sei geplant, die betroffene Familie in einem der leerstehenden Häuser unterzubringen, bis ihr Haus wieder bewohnbar sei.

Frau Stahlhofen bittet darum, die Vergabe von Erbbaurechten in Betracht zu ziehen. Dies sei vor allem für die Planungssicherheit der Familien von großer Bedeutung.

Herr Hammer weist auf den eindeutigen Beschluss des Liegenschaftsausschusses vom 18.05.2020 hin. Aufgrund dieses Beschlusses und der Stellungnahme der Oberbürgermeisterin seien ein paar Punkte des Antrags bereits erledigt.

Herr Struwe betont, dass die ersten drei Punkte des Dringlichkeitsantrags für eine Weiterentwicklung der Siedlung unerlässlich seien.

Herr Kienitz erläutert, für eine langfristige Weiterentwicklung der Siedlung müsse eine erneute bauliche Begutachtung erfolgen. Ein zustimmender Beschluss zu Ziffer 1 könne gegebenenfalls gerichtlich überprüft werden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker ergänzt, dass eine Beschlussfassung zu Ziffer 1 im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung rechtlich überprüft werden und gegebenenfalls beanstandet werden müsste.

Punktweise Abstimmung

zu Ziffer 1, 2 und 3:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Siedlung Egonstraße in Stammheim als baurechtlichen Innenbereich im Sinne von § 34 BauGB zu behandeln,
2. den preiswerten Wohnraum der Siedlung Egonstraße in Stammheim nachhaltig zu erhalten und den Bewohner*innen dadurch eine Entwicklungsperspektive zum Erhalt, zur Renovierung und zur maßvollen Nachverdichtung der Häuser z. B. durch Aufstockung zuzusichern. Auch die Vergabe von Erbbaurechten soll geprüft werden.

3. eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bewohner*innen, der Fachverwaltung, insbesondere des Wohnungsamtes und eines zu beauftragenden Architektur- und Statik-Büros einzurichten, die am Beispiel der leerstehenden Wohnhäuser Egonstr.151 und 153 die vorhandene Bausubstanz, Maßnahmen zum Erhalt, zur Renovierung, zu einer möglichen Erweiterung durch Anbau oder Aufstockung und eine maßvolle Nachverdichtung auf Grundstücken von abgerissenen Gebäuden untersucht, dazu Vorschläge und Leitlinien auch für die gesamte Siedlung entwickelt und in einem Maßnahmen- und Kostenplan zusammenfasst.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke abgelehnt.

zu Ziffer 4:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

4. das durch einen Brand vor zwei Jahren an der Gartenseite leicht beschädigte Wohnhaus Egonstr.100 und erst durch den Einbau von wirkungslosen Behelfsstützen 2 Jahre lang unbewohnbar gemachte Gebäude sofort und unter Mitwirkung eines Statikers den notwendigen Renovierungsmaßnahmen zuzuführen. Damit wird das Wohnhaus mit geringem und absolut vertretbarem Aufwand wieder bewohnbar gemacht und der für die Familie mit Kindern und einem kranken Vater seit zwei Jahren herrschende skandalöse wohnungslose Zustand auf der Stelle beendet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Punktweise Abstimmung auf Antrag von Herrn Hammer.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Strukturerhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerzentren/-häuser in freier Trägerschaft 1934/2020

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 83 GO NRW zur Struktursicherung der Bürgerzentren/-häuser in freier Trägerschaft überplanmäßige Aufwendungen bzw. Ausgaben in Höhe von 750.000 € im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern/-zentren, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Mit der Erhöhung der Ermächtigung werden die durch die Corona-Krise bedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Einrichtungen kompensiert. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen/-aufwendungen im Teilergebnis-

plan 0101, Politische Gremien, Verwaltungsführung und internationale Angelegenheiten, in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen.
Die Verteilung der Mehraufwendungen auf die einzelnen Bürgerzentren/-häuser erfolgt entsprechend der beigefügten Anlage. Eventuelle Veränderungen des Zuschussbedarfs bis zu 10% des jeweils prognostizierten Defizits können innerhalb des Gesamtbudgets von der Verwaltung ohne erneute Beschlussfassung vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

7.1 Drogenkonsummobil

Herr Dr. Unna fragt nach den aktuellen Zahlen über die im Drogenkonsummobil stehenden erfolgten Reanimationen und der aktuellen Auslastung sowie dem aktuellen Stand zu einer möglichen Sogwirkung. Er möchte wissen, ob die auf der Internetseite der Bürgerinitiative eingestellten Darstellungen mit dem Persönlichkeitsschutz der Betroffenen vereinbar seien.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, die Auslastung der Drogenkonsummobile sei weiterhin hoch. Es seien circa 10 Personen zusätzlich angezogen worden. Diese Zahl sei jedoch im Vergleich zu der Gesamtzahl von etwa 200 Personen gering.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt zu, die aktuellen Zahlen zu den Reanimationen und eine Antwort zu der Frage bezüglich des Persönlichkeitsschutzes nachzureichen.

7.2 Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung

Frau von Bülow bittet um Erläuterung des aktuellen Sachstands zum Ratsbeschluss vom 18.06.2020 zur Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung. Der Konzeptvorschlag sei im Ratsbeschluss für die aktuelle Beratungsfolge vorgesehen. Es habe ein Begleitgremium getagt, obwohl der Ratsbeschluss die Einrichtung eines Begleitgremiums bis auf weiteres ausgesetzt habe.

Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

7.3 Anwesenheit der Fraktionen des Rates bei Veranstaltungen der Stadt Köln

Herr Joisten bittet um Erläuterung, weshalb die Fraktionen des Rates zu einigen offiziellen Veranstaltungen der Stadt Köln nicht eingeladen gewesen seien.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erläutert, dass teilweise aufgrund der beschränkten Personenzahl bei Corona-konformer Ausrichtung von Veranstaltungen die größeren Fraktionen durch die Bürgermeisterin und Bürgermeister vertreten würden. Die genaue Personenanzahl für die Piazzetta nach dem Hygienekonzept werde nachgereicht.

Anmerkung:

Aktuell wird die Piazzetta im Historischen Rathaus in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt mit bis zu 99 Plätzen bestuhlt.

7.4 Mahnmal in Mülheim

Frau Stahlhofen fragt nach dem aktuellen Sachstand zum geplanten Mahnmal in Mülheim.

Frau Oberbürgermeisterin Reker antwortet, es werde bald zu einer Entscheidung kommen.

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan
Schriftführerin